

Frank Kuschel
Freitag, 26. März 2010

Presseinformation

CDU verweigert sich der Beitragsproblematik Landtag lehnt FDP-Antrag zur Wahlfreiheit bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung des Straßenausbaubeitragsrechts ist heute im Landtag mit großer Mehrheit abgelehnt worden. "Eine Mehrheit kam nicht einmal für die Verweisung in den Innenausschuss zwecks weiterer Beratung zustande", äußerte sich der parlamentarische Geschäftsführer und kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner im Anschluss enttäuscht. Die Verweigerung einer tiefgründigen Debatte im zuständigen Ausschuss scheiterte vor allem an der CDU-Fraktion.

DIE LINKE hat die von der FDP beantragte Ausschussüberweisung unterstützt. „Wir halten die Fortsetzung der Diskussion zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge für wichtig“, so die Begründung von Frank Kuschel (DIE LINKE) für die Unterstützung des Geschäftsordnungsantrags der FDP.

Durch den Antrag der FDP sollte es den Kommunen ermöglicht werden, Straßenausbaubeiträge künftig auf freiwilliger Basis zu erheben. "In Sachsen ist das seit geraumer Zeit Realität und führt zu spürbaren Entlastungen bei den betroffenen Bürgern ", bedauerte der FDP-Kommunalexperte Bergner die ablehnende Haltung der anderen Fraktionen. Er sehe darin auch ein bezeichnendes Signal in Richtung der Betroffenen, für die die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen regelmäßig eine enorme finanzielle Belastung darstelle.

DIE LINKE fordert den Einstieg in den Ausstieg der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Die Sächsische Regelung, wonach Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben, ist für die LINKE eine Minimalforderung auf den Weg der kompletten Beitragsabschaffung.

„Ich bin froh, dass die FDP nun auch wie die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen nach Alternativen zu der bisherigen Straßenausbaubeitragspraxis fordert“, so Frank Kuschel . 1991 hat die FDP noch gemeinsam mit der CDU das stark in der Kritik stehende Kommunalabgabengesetz im Landtag beschlossen.

Die CDU-SPD-Landesregierung will bis zum Herbst einen eigenen Vorschlag zur Neugestaltung der Straßenausbaubeiträge erarbeiten. Eine vollständige Abschaffung der Beitrag ist dabei jedoch kaum wahrscheinlich.